

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp. Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brudenstraße 10 b^{III}

Verlagsdruck: Amt Morisplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Um das Beitragszahlen!

An alle Mitglieder! Wieder sind wir gezwungen, die heikle Frage der Beitragszahlung anzuschneiden, sowohl im Interesse des Gesamtverbandes, wie im besonderen Interesse eines jeden Mitgliedes selbst.

Die schlechte Lage des deutschen Wirtschaftsmarktes als natürliche Folge der krankhaften Inflationswirtschaft der letzten Jahre hat die Arbeiterschaft hart heimgesucht. Arbeitslosigkeit und dazu die Unterdrückungspolitik der Unternehmer, Gleichgültigkeit und Verstimmung in unseren eigenen Reihen wirkten zusammen, die Abwehrkämpfe, die sich notwendig machen, zu erschweren. Ein großer Prozentsatz unserer Mitglieder war ständig in Streiks und Auspöhrungen verwickelt, wie durch die Berichte im Verbandsorgan nachgewiesen wurde. Ein nicht minder großer Teil war arbeitslos oder mußte doch verkürzt arbeiten, wie wiederum durch unsere monatlichen Berichte nachgewiesen ist. Die Zahl derjenigen Mitglieder, die ständig voll arbeiteten, war infolgedessen eine sehr beschränkte, wie sich das in folgenden Zahlen ausweist. Im Monat Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen 24 Prozent, die der Kurzarbeiter 8,8 Prozent. Darin ging sie im April zurück bis auf 2,2 Prozent. Das hielt indes nicht lange vor, denn bereits im Mai hatten wir 4,9 Prozent Arbeitslose und 8,4 Prozent Kurzarbeiter. Im Juni 10,8 Prozent Arbeitslose und 21,4 Prozent Kurzarbeiter. Im Juli 14,2 Prozent Arbeitslose und 26 Prozent Kurzarbeiter und im August gar 15,1 Prozent Arbeitslose und 27,6 Prozent Kurzarbeiter.

Das sind doch furchtbare Zahlen, hinter welchen sich eine Masse von Not und Entbehrungen verbirgt. Beinahe die Hälfte der Mitglieder, über die berichtet wurde, waren mehr oder minder durch Arbeitslosigkeit befaßt.

Wir wissen nur zu gut, daß unsere Mitglieder, die unter solchen Zuständen leiden und dennoch ihre Pflichten gegen die Organisation erfüllen, einen wahrhaft idealen Opfergeist besitzen und von der Notwendigkeit, daß die Organisation unter allen Umständen hochgehalten werden muß, fest überzeugt sind.

Hätten wir lauter solche Mitglieder, wäre es überflüssig, die Frage der Beitragszahlung immer und immer wieder anzuschneiden. Leider sind wir aber noch lange nicht so weit. Es gibt noch sehr viele Mitglieder, die sehr wohl in der Lage wären, ihren Verbandsbeitrag pünktlich und in der Höhe des Nachtrages I des Statuts an die Kasse der Verbandsverwaltung abzuführen, aber allwöchentlich für den Hauskassierer bereitwilligen, wo das Hauskassierensystem eingeführt ist.

Trotz aller Auffklärung und trotzdem diese Mitglieder das Unrecht bei sich selbst sehr wohl empfinden, bringen sie doch nicht sofort Pünktlichkeitssteine auf, dem Verband den notwendigen Betriebsstoff rechtzeitig anzuführen.

Neben der unpünktlichen Beitragszahlung ist es auch nicht selten, daß die Verbandsbeiträge nicht in der richtigen Höhe, die dem Nachtrag I des Statuts entspricht, abgeführt werden. Die unpünktliche Beitragszahlung hat zur Folge, daß die Beitragsrückstände sich sehr bald zu namhaften Beträgen aufsummieren, deren Begleichung dann oft recht schwer fällt. Wer überdies mit seinen Beiträgen längere Zeit im Rückstande bleibt, verliert seine Rechte an den Verband, an die Unterstufungen.

Schon mancher hat das bei Streiks recht unangenehm empfunden. Entweder er erhielt keine oder doch nur eine geringere Unterstützung als andere Mitglieder, die ihre Beiträge gewissenhaft bezahlt hatten.

Aber auch die Höhe des Beitrags ist von großer Tragweite beim Bezug von Unterstützungen; je höher der Beitrag, desto höher sind selbstverständlich die Unterstufungsätze.

Ferner ist zu beachten, daß bei Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen (was am 1. Ja-

nuar 1925 geschehen soll) nur derjenige Anspruch hat, der für 26 Wochen neue Beiträge geleistet hat. Die Sätze, nach welchen die Unterstützung berechnet wird, richten sich immer nach der niedrigsten Beitragsmarke. Es liegt demnach im Interesse eines jeden Mitgliedes, zu vermeiden, daß der Fall eintreten kann, wo er aus der 70-Pf.-Klasse in die 50-Pf.-Klasse zurücktritt und dann nur Anspruch auf 70 Pf. hat, statt daß er 90 Pf. pro Tag erheben kann.

Die Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen im Verband ist ein sehr dringliches Bedürfnis, das hat sich mit aller Klarheit in den letzten Monaten herausgestellt. Selbst die größten Gegner der Unterstützungseinrichtungen konnten sich davon überzeugen, daß dem so ist. Die staatlichen Zuschüsse an die Erwerbslosen sind völlig unzureichend; sie betragen in Ortsklasse A für über 21 Jahre alte Arbeiter 90 Pf., 1 Mk. und 1,10 Mk. pro Tag. Das langt nicht weit; mit dem, was der Verband zahlt, erhöhen sich diese Unterstützungen auf 10,20 Mk. bzw.

Achtung, Mitglieder!

Am 1. Januar 1925 werden voraussichtlich die sozialen Unterstützungen in unserem Verband wieder in Kraft gesetzt.

Wer sich den Anspruch sichern will, muß 26 neue Beitragsmarken geleistet haben.

Wer die Höchstleistung bezogen hat, muß auch die entsprechenden Beiträge leisten.

Die auszahlenden Unterstützungsätze werden immer nach der niedrigsten geleisteten Beitragsmarke berechnet.

Achtet darauf, daß Ihr regelmäßig den richtigen Beitrag leistet. Sichert Euch den Anspruch auf die Höchstleistung!

12 Mk. pro Woche für vollberechtigte Mitglieder, die dem Verband 52 Wochen angehören.

Damit lassen sich zwar auch keine großen Sprünge machen, es läßt sich aber ganz bestimmt leichter über die schwere Zeit einer Arbeitslosigkeit hinwegkommen. Selbst die Mitglieder, die in kleinen und mittleren Städten arbeiten, bekunden heute ein lebhaftes Interesse an der Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen im Verband. Sie wissen nur zu genau, daß es im Grunde genommen auch ihnen nicht gleichgültig sein kann, wenn auf den Arbeitsnachweisen Hunderte von Arbeitslosen ohne Existenzmittel gierig auf Arbeitsgelegenheit warten. Wir leben im Zeitalter des Verkehrs, wo brachliegende Arbeitskräfte sehr schnell verschoben werden können.

Wenn der Unternehmer weiß, daß auf den Arbeitsnachweisen der Großstädte Arbeitskräfte bereit sind, jede Arbeit, die sich bietet, für einen Hundelohn zu ergreifen, da wird er in der Behandlung seiner Arbeiter entsprechend verfahren. Er wird seinen Gehilfen oft genug mit der Drohung einschüchtern, daß er leicht Erlaß findet, falls er sich nicht willfährig verhält. So wirkt es zurück auf das andere.

Soz. anders gestalten sich diese Verhältnisse, wenn die Arbeitslosen durch eine Unterstützung, die wenigstens hinreicht, um das nackte Leben für einige Wochen zu fristen, gesichert dastehen. Sie werden sich dann hüten, ihren Kollegen in der Werkstatt in den Rücken zu fallen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzudrücken, indem sie sich zur Verfügung stellen, wenn die Unternehmer mißliebige Personen abstoßen möchten. Die Arbeitsverhältnisse der Kollegen allerorts werden eben ganz allgemein mit beeinflusst durch die wirtschaftlichen Zustände und die Beschaffenheit unserer Organisation.

Diese Tatsache wird leider immer noch nicht von allen Kollegen mit genügender Klarheit erkannt,

sonst würde ihr Interesse an dem Vorhandensein einer starken Organisation mit guten Unterstützungseinrichtungen sich noch viel stärker bemerkbar machen.

Es muß schon wahrheitsgemäß gesagt werden: die sozialen Unterstützungen können die Arbeiterschaft nicht aus dem sozialen Elend befreien, sie können es aber vorübergehend bedeutend mildern. Dann bieten die Rechte auf Unterstützung auch den weniger aufgekärteten und ideal schwach veranlagten Berufsgenossen ein sichtbares materielles Äquivalent, das ist eine Gegenleistung für den Verbandsbeitrag. Die meisten Menschen sind nicht ideal, sondern materiell veranlagt. Sie wollen für jede Leistung eine Gegenleistung haben, die, wenn irgend möglich, noch besondere Vorteile gewährt, also mehr abwirft, als dafür aufgewendet wurde. Wer in die Lage gerät, die Rechte die er sich durch Beitragsleistung im Verband erworben hat, auszunutzen, der kommt auch reichlich auf seine Rechnung, selbst wenn dies erst nach langjähriger Mitgliedschaft der Fall sein sollte.

Doch das alles ist ja genügend bekannt, nur wird es immer wieder vergessen, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen günstig sind. So kam es, daß die sozialen Unterstützungen geraume Zeit als etwas Ueberflüssiges, ja Schädliches für den sogenannten Klassenkampf der Gewerkschaften bekämpft wurden. Das hat sich in dem letzten halben Jahr infolge der Verschlechterung der Existenzbedingungen plötzlich geändert.

Man hat wieder erkennen gelernt, daß ohne Unterstützungseinrichtungen die Organisation auf die Dauer nicht aufrechterhalten kann.

Wenn auch, wie schon bemerkt, die Unterstützungen nur für kurze Zeit über schlimme Notzustände hinweghelfen können, so bewirken sie doch, daß die Mitglieder ein Gefühl der Sicherheit erlangen gegen die Zufälle ihrer unsicheren Existenz. Wenn die Unterstützungseinrichtungen somit auch nicht völlig Selbstzweck sein können, so sind sie doch unbedingt ein Mittel zu dem Zweck, die Mitglieder dauernd zusammenzuführen.

Es bedarf kaum vieler Worte, dies noch des langen und breiten näher zu begründen, weil es jeder selbst fühlt, daß dem so ist. Wer sich durch ständige Beitragszahlung und durch rege Anteilnahme an den Aufgaben seiner Organisation betätigt, der kennt auch die Rechte, die er sich dadurch erworben hat. Er wird sich immer mehr an seinen Verband gebunden fühlen und es schwerlich fertig bringen, ihm untreu zu werden.

Und diese Auswirkung ist außerordentlich zu beachten, denn wir können nur dann vorwärtskommen und die großen Zukunftsaufgaben zufriedenstellend lösen, die unserer harten, wenn es uns gelingt, die Mitglieder dauernd für den Verband zu gewinnen. Gelingt das aber, dann sind wir eine geschlossene Macht, die ein gewichtiges Wort mitzureden hat in allen Fragen, die unser Wohl und Wehe auf das tiefste berühren. Das gilt sowohl für wirtschaftliche wie für politische Angelegenheiten, denn eines berührt mehr oder weniger auch das andere.

Von keiner Seite ist jemals bestritten worden, daß der Aufschwung der Gewerkschaften, der Ende der 90er Jahre kräftig einsetzte, mit auf die Einführung der Unterstützungseinrichtungen zurückzuführen ist.

So ist denn aus dem vorstehend Angeführten kurz das Nehmende zu ziehen: Jeder Berufsgenosse ist verpflichtet, seiner Organisation dauernd anzugehören und er hat ein weitgehendes persönliches Interesse daran (weil dies mit dem Allgemeininteresse aufs engste verknüpft ist), alle Pflichten gegen die Organisation treu zu erfüllen, weil er sich dadurch alle Rechte auf ihre Leistungen sichert.

Deshalb fort mit der Scheu, einen Verbandsbeitrag in angemessener Höhe zu leisten. Der Verband ist die beste Sparkasse, die dir alles im Bedarfs- und Notfalle mit Zinsen zurückerstattet.

Der Verbandstag der Sattler, Täschner und Riemer Oesterreichs.

Am 6. und 7. September 1924 in Wien.

Zuwiesend waren 24 Delegierte und eine Anzahl Gäste, darunter Genosse Simon als Internationaler Sekretär, Kiedel vom deutschen und Balassa vom ungarischen Verband, die Tischgesellschaft war durch 2 Kollegen vertreten, da selber die dortigen Kollegen in drei verschiedenen Organisationen zerprengt sind.

Der Bericht über die zuletzt verfloffenen drei Jahre, welcher von den leitenden Vorstandsmitgliedern gegeben wurde, klang uns sehr bekannt. Die ungeheure Geldentwertung hatte auch dort die Hauptverwaltung vor Laufen gestellt, die ein schnelles Handeln bedingte. Das Verbandsvermögen wurde einmütig, die Beiträge mühten den Verhältnissen kurzfristig angepasst werden. Erst nach der Stabilisierung der Krone im Herbst 1922 trat eine gewisse Betätigung in Bezug auf Verbände, Beiträge und Unterstützungssätze in Erscheinung.

In der Berichtszeit waren 15 Streiks und 2 Ausperrungen zu verzeichnen, hieran waren jedoch meist die kleineren Branchen beteiligt, so daß am 30. Juni 1924 die Hauptkassse noch einen Bestand von 255 000 000 Papierkronen oder circa 17 000 Goldkronen aufweisen konnte. Da die Stabilisierung der Krone mit 14 000 Papierkronen gleich 1 Goldkronen entsprach, während bei uns erst dieselbe mit 1 Billion Papiermark gleich 1 Goldmark stattfand, so war es unseren österreichischen Kollegen möglich, die sozialen Unterfügungen, wenn auch verflärt, aufrechtzuerhalten.

Die Lohnbewegungen waren durchweg sehr lebhaft. Während jedoch beim Hinabsteigen der Krone, trotz Lohnzulagen, die Lebenshaltung sich immer weiter verschlechterte, konnte nach der Stabilisierung wieder etwas nachgeholt werden.

Der Durchschnittsverdienst eines Wiener Täschners stieg seit Herbst 1922 von 22 auf 38 Goldkronen; leider hat der steigende Index einen Teil dieser Verbesserung dem Arbeiter wieder entzogen. Aber alle diese Widerwärtigkeiten haben den Organisationsgedanken nur gestärkt. Trotz der großen Krise im Winter 1922/23 und der kurze bestehenden Krise konnte der Verband noch 2338 Mitglieder und 126 Lehrlinge aufweisen, so daß 95 Prozent aller Berufscollegen als organisiert anzunehmen sind.

Dem Geschäftsbericht folgte eine kurze sachliche Debatte, in der man im allgemeinen mit dem Wirken des Vorraubes einverstanden war. Betreffs der Frachtpreise wurde eine weitere Ausgestaltung derselben gewünscht; zu diesem Zwecke wurde eine fünfgliedrige Kommission aus den verschiedenen Branchen gewählt, welche den Redakteur unterstützen soll.

Die Frage der Verschmelzung mit anderen Verbänden wurde eingehend diskutiert; eine direkte Ab-

rechnung wurde von keiner Seite befürwortet, jedoch stand man allgemein auf dem Standpunkt, daß zuerst die Gruppen verschmolzen werden müssen, die technisch zusammengehören. Hierzu ist zu bemerken, daß die Wiener Ledergerberarbeiter (Portefeuller) noch eine eigene Organisation mit 800 bis 900 Mitglieder haben. Diese arbeiten zum Teil zusammen mit den Täschern in denselben Betrieben, fertigen die gleichen Sachen, jedoch zu verschiedenen Tarifen. Alle Versuche, hier die betriebstechnisch notwendige Verschmelzung herbeizuführen, waren bisher vergeblich, so daß schon in einigen Betrieben sich der Gedanke verdichtete, die Galanteriearbeiter zwangsmäßig in den Verband der Sattler, Täschner und Riemer zu übernehmen. Die Wiener Gewerkschaftskommission wird sich diesen Fall in nächster Zeit besonders angelegen sein lassen.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt, die vorliegenden Anträge jedoch dem Vorstand zur weiteren Beachtung überwiesen.

Zur Beitragsfrage hatte der Vorstand keine Anträge gestellt, doch lagen solche aus Mitgliedertreffen vor. Die Antragsteller wiesen mit Recht darauf hin, daß der vorhandene Streiffonds, sobald eine größere Branche in einen Streik verwickelt würde, nicht weit reicht und daß die Extrazahlungen durch eine Beitragserhöhung etwas eingedämmt werden könnten. Eine Anzahl Riemer glaubte aber, daß die jetzige Zeit nicht passend dafür sei, da Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit den Ertrag der Beitragserhöhung beeinträchtigen würde. Die Anträge wurden dem Vorstand überwiesen mit dem Hinweis, sobald die Geschäftslage günstig erscheint, davon Gebrauch zu machen.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisher verantwortlichen Personen: Karl Hohenberg als 1. Vorsitzenden, Joh. Klarer als 2. Vorsitzenden und Sekretär und Mathias Fötter als Kassierer.

Hohenberg schloß den Verbandstag mit einem Dank an die Delegierten für das Interesse, welches sie für die weitere Ausgestaltung der Organisation bewiesen haben. Er dankte auch den Gästen für ihr Erscheinen und die Anteilnahme an dem Gschid der österreichischer Kollegen.

Wirtschaftliches.

Die Annahme des Dawes-Gutachtens macht sich noch lange nicht in dem Maße geltend im Wirtschaftslieben, wie viele gehofft haben mögen. Wir haben schon berichtet, daß über die Geschäftslage auf der Leipziger Messe die widersprechendsten Berichte erschienen sind. Man hat dabei den Eindruck, als ob diese Berichte absichtlich etwas grau abgefaßt wurden. Allerdings muß das grösstenbedauerliche als ein sprechender Beweis dafür betrachtet werden, daß die Industrie frampfhaft nach Absatzmöglichkeiten sucht.

In erster Linie wird die Schuld an dem schlechten Geschäftsgang auf die Geldknappheit zurückgeführt. So, es wird direkt behauptet, viele Kunden sind deshalb nicht nach Leipzig gekommen, weil sie den Fabrikanten noch Geld schulden und in der Inflationszeit viel zu viel Ware eingekauft haben. Das letztere dürfte den Tatsachen wohl entsprechen. Denn soweit wir Gelegenheit hatten, die Lagerbestände einiger Händler und Fabrikanten zu besichtigen, hatten dieselben mit allerhand Waren wohl versehen. An allgemeinen befürchtet man jedoch, daß infolge der geringen Kaufkraft der Volksmassen der Umsatz (sowohl in Luxuswaren) sich in absehbarer Zeit nicht erheblich steigern wird. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß die Rohstoffe und besonders die Baumwolle zu teuer in Deutschland sind.

Der Zentralverein der deutschen Lederindustriellen hat sich in einer Kundgebung gegen die spekulative Verteuerung des Leders durch Preis treiberien am Hauptmarkt gewandt, auf die wir auch schon wiederholt hingewiesen haben. Es heißt dort: „Der Zentralverein der Lederindustriellen wendet gegen die Ueberspannung der Rohhautpreise auf dem deutschen Markt; die mit allen Mitteln angebotene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Ledermarkt wird durch übertriebene Preise unmöglich gemacht. Der Zentralverein glaubt seinen Mitgliedern und anderen, insbesondere Händlertreffen, bringen empfehlen zu müssen, dafür einzutreten, daß die Rohhautmarktpreise auf dem deutschen Markt keineswegs überschritten werden.“ Wenn man's so liest, mag's leidlich scheinen. Allein, sollten die Mitglieder des Zentralvereins, an die sich dieser Appell auch mit richtig, nicht doch ein wenig schärfer angefaßt werden müssen, wenn es besser werden soll? Es hat eine Enquete stattgefunden, durch welche die Ursachen der hohen Lederpreise erforscht und festgestellt werden sollen. Es steht ein zusammenfassender Bericht über das Resultat noch nicht erschienen, trotzdem die Sache doch wirklich eilig ist.

Es verlaute, daß die Reichsregierung wirtschaftliche Maßnahmen getroffen hat, um eine Gesundung herbeizuführen. Vor allem soll das hohe Preisniveau, das weit über Friedenspreis steht, gesenkt werden durch Herabsetzung der Gülttarife und Kohlenpreise, was geschehen ist. Die Gebühren für Postanweisungen und Postchecks sollen herabgesetzt werden.

Die Maßnahmen der Reichsbank sind folgende: Das seit April bestehende Distanzierungsamt ist seit Juni zum Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 Proz. erhöht. Für den Außenhandel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. Bankakzente werden wieder distanziert, vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich der Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Provision für die Akzeptierung. Diese Maßnahmen der Reichsbank sind getroffen

Sachwissen und Kunst.

(Nachdruck verboten.)

Der Mobiliarstil der romanischen Zeit.

Bis in die romanische Zeit hinein läßt man auf Eisenmöbel, besonders auf aus Eisenstangen zusammengesetzte Bettgestelle, auch auf den eisernen Unterbau von kleinen Bese- oder Schreibpulten. Ihr Vorkommen auf den Abbildungen aus der romanischen Zeit verringert sich aber in deren Verlauf zuweilen mehr und mehr, bis sie schließlich ganz vom Holzmöbel verdrängt werden. Man kann sagen, daß das Holzmöbel in der romanischen Zeit erst seine künstlerische Entwicklung beginnt, also als Eingeständnis und auch im raumkünstlerischen Sinne ausgebildet wird. Es erfährt zugleich seine künstlerische und konstruktive Behandlung. Während in den älteren Zeiten nach antiker Ueberlieferung das Möbel aus Metall, nicht aber das Holzmöbel es war, in den südländischen Ländern auch das Marmorstück (Sitzbank, Lager usw.), welches als Hauptgerät bzw. Raumgegenstand eine künstlerische Durchbildung erfährt, ändert sich das im nördlichen, insbesondere dem deutschen Hause, das nur das Holzmobiliar benutzt und es marmornach in künstlerischer Weise ausbildet. Dieses war in der ersten Epoche der romanischen Zeit sehr einfach in seiner Gestaltung, indessen läßt sich bereits schon damals an den Füßen und Gesäßteilen Dreifarbigkeit wahrnehmen, auch Spuren geschnittener Verzierungen in Holz oder Eisen, Walzwerk oder anderem Zier, Einlagearbeit mit Eisenblechstreifen, zwar wenig, aber sonst auch ergebene Löwenköpfe und Löwen, die auch in dem erwähnten anderen Material gern ausgeführt wurden. Ueberkommen sind auf unsere Zeit Mobilien selbst aus jener Epoche nicht, wir wissen das alles nur aus bis auf unsere Tage erhaltenen Handschriften und Miniaturen oder Kleinmalereien. Diese Ausstattungen sind noch

der Fortpflanzung aus der Antike entsprungen, und Throne wie Sessel, Bänke, Lische sind einfach aus Brettern zusammengesetzt. Recht häufig ist dem, man darf sagen, als Ausgangsmöbel der Tapezierkunst den deutschen Typus anzuprehenden Fallstuhl, des Nachkommens des kurländischen Sessels, also des magistralischen Stuhles der römischen Republik, zu bezeichnen. Er diente im Mittelalter weltlichen und geistlichen Würdenträgern, Bischöfen und Äbten als Thronstuhl, stand auf einer erhöhten Estrade, Podium oder Antritt und war oft von Baldachin überdacht. Dieser bestand konstruktiv aus einem parallelstehenden Rantelholz- oder Gefäßpaar aus kreuzweise angeordneten Holzstangen, die mit Schieber oder Erlegearbeit verziert waren und an der Kreuzungsstelle durch Koffetten oder auch mittels einer Rolle oder Stange konstruktiv verbunden waren. Die oberen Enden der Kreuzstäbe wurden mit Vorliebe als Löwen- oder andere Tierköpfe ausgestaltet und es sollte z. B. die Löwenpranke über der Löwentopf die Herrschergewalt des Sitzberechtigten bedeuten. Im oberen Teil des Sessels war das Sesselleder oder der Webstoff parallel zu dem Kreuzgestell gespannt und auch öfters auch mit einem Rißen belegt oder es füllte ein solches den Raum für den Sitz statt des Leders oder Tragtuffes. Die spätere Zeit, zu Ende der römischen Epoche, machte die Kreuzstäbe dicker, verlor sie mit geschmückten Ornamenten und hob dadurch die Zusammengehörigkeit des Stuhles auf, der ursprünglich konstruktiv dem heutigen Malerfeldstuhl ähnelte, denselben aber an Stabilität, Größe und prunkvoller Ausstattung, somit an Gebrauchstauglichkeit und dekorativer Schönheit bedeutend voraus war. Der letzten Typ des heutigen Feldstuhls hat man, so sehr Feldstuhle damals gebrauchsüblich waren als Thronstühle, zu damaliger Zeit nicht gebaut. Die Letztere ergibt sich in der Verbindung von Verzierung wie in buntfarbigen Anstrich oder farbiger Fassung (Schmalerei, eigentlich Fournierarbeit). Im Gegensatz zu dem Feldstuhl ist es aber insbesondere der einfacher konstruierte, sozulegen aus Brettern zu-

fammengeflozene Thronstuhl, der mit buntfarbiger Verzierung und Glanzergoldung geschmückt ist. So gar Edel- und Halbedelsteinbesatz kommt, ähnlich der Buchdeckerkunst, an Holzmobilen beliebiger Art vor. Auch bei Lischen, Schränken, Betten, Stühlen und Bänken erweist die Behandlung mit bunter Farbe, Vergoldung und oft kostbarem anderen Schmuckmaterial das Fehlen von Profilen und geschnittenen Verzierungen; hat wirklich Kunstfertigkeit tritt materielle Raffbarkeit des Schmuckes auf. Ganz am erst Leben mit ihrem Einbringen religiöse Materie und Architektur die künstlerische Ausstattung der Ausgestaltung der Holzmöbel wie Gefäß und Läden. Zunächst verfiel die künstlerische Malerei die Sesselfüßchen, deren Tierfüßchen mit figurlichen Motiven religiöser Vorwurfs, mit Blumen- und symbolischer Malerei. Diese Möbelbemalung ist in der heutigen Volkstümlichkeit noch fortbildend, und insbesondere ist das alte Tölzer Möbel des ganzen Vorarlbergerbezirks in Oberbayern, der farbige bemalte Bauernhausrat aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und der Rokokozeit ein interessantes Gemisch religiöser und profaner Symbolik oder Sinnbildsprache in seinem farbigen und malerischen Schmuck, und sein Ursprung wurde fraglos im farblich behandelten Holzmobiliar der romanischen Zeit, nicht wie so manche irrtümlich anzunehmen geneigt sind, in der französischen Dekonstruktionsmanier. Die Rokoko- oder Jopformate auf den alten Tölzermöbeln sind eine an sich ganz nebenläufige Begleiterscheinung an den Ausfertigungen aus jener Epoche, die am zahlreichsten und besterhaltensten auf unsere Zeit überliefert wurden und in ganz Deutschland, im Norden wie im Süden unter Gabriel von Leib's, des vorläufigen Architekten und Raumkunstgewerblers Ansporn und anwendungsverbildlichem Schaffen so viel kopiert, variiert und bis in ferne Länder exportiert worden. Der Raumausstatter mag also das farbige gefaßte, mit Vergoldedekor belegte und bauerlich bemalte deshalb nicht so perhorreszieren und aus der Anwendung verbannen, wenn auch des deutschen Geistes wegen die zopfigen Ornamente durch

worben in der Voraussetzung, daß die Anleihe von 800 Millionen Goldmark bald zuhande kommt. Kurz ausgedrückt, die Reichsbank will den Kreditbedürfnissen der Industrie, des Handels, überhaupt der Geschäftswelt wieder in stärkerem Maße gerecht werden als es während der letzten Monate geschehen ist.

Die gesamte Geschäftswelt liegt bekanntlich fortwährend über Kapitalmangel, die Störung in der Produktion wird nicht allein auf Abwägungsschwierigkeiten, sondern vorwiegend auf Kapitalmangel zurückgeführt. Die Golddiskontbank, die vornehmlich Goldkredite für die Exportindustrie vermittelt, hat ihren Diskontsatz von 10 auf 8 Proz. erniedrigt. Bei der Golddiskontbank bedarf die gegebenen Kredite alle aus dem Erlös der Wechsel in ausländischer Währung, die hereinkommen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht will deshalb auch die Kreditgewährung erleichtern, weil dadurch die Stabilität der Mark nicht gefährdet würde. Dagegen erweise es sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit mit einer Herabsetzung des Reichsbankdiskonts zu rechnen sein wird.

In der Praxis bedeutet das also eine Kreditvermehrung für die Großindustrie, während es vorläufig für die anderen noch beim alten bleibt, bis auf das um 10 Proz. erhöhte Diskontierungskontingent.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 an wird der Umsatzsteuerfuß von 2 1/2 auf 2 Proz. herabgesetzt, auch davon erhofft man einen Beitrag zur Wiedergeburt der Wirtschaft.

Dieser Begünstigung der Unternehmertreue, die natürlich auch der Volksgemeinschaft indirekt mit gutem Erfolg, steht aber noch immer drohend die Zolltarife gegenüber, die dem Reichstag vorliegt. Diese wirkt bereits ihre Schatten voraus und verbündet die Landshaft. Während im August die Reichsinduzahl eine erfreuliche Gleichmäßigkeit aufwies, ist im September bereits ein erhebliches Anziehen der Preise für Lebensmittel und Inlandwaren zu melden. Die Getreidepreise sind um 3,1 Proz. gestiegen. Die Lebensmittel im allgemeinen stiegen von 107,1 auf 115,0 im Preise, die Inlandwaren von 118,2 auf 123. Die Einfuhrwaren gingen um 0,6 Proz. zurück, Rohle und Eisen blieben unverändert mit 129,4. Inzwischen wurde schon wieder ein neues Anziehen der Getreidepreise gemeldet. Anscheinend hält die Landwirtschaft mit der Lieferung zurück, denn der Bedarf der Mühlen konnte nicht befriedigt werden. Man wartet auf noch weiteres Anziehen der Preise. Weiter macht sich bemerkbar, daß die Rindpreise für Land ganz ungeheuerlich hochgefahren werden. In Südboldenburg sollen für 1 Morgen Ackerland 70 Mk., für Wiesen sogar 180 Mk. Jahrespauschal bezahlt werden, außerdem muß der Pächter sämtliche Steuerlasten für die Grundstücke übernehmen. In Friedenszeiten sind 15 bis 20 Mk. für Acker- und Wiesenland bezahlt worden. Da kann man sich einen Begriff machen (denn es handelt sich um eine Steigerung der Preise von 400

bzw. 650 Proz.), wie die Grundeigentümer, ohne selbst einen Schlag zu arbeiten, herrlich und in Freuden leben können. Selbstverständlich haben auch jene Besitzer, die ihr Land auf eigene Rechnung beackern lassen, dieselben Vorteile. Soll denn diese Ausbeuterwirtschaft so weitergehen?

In diese Situation hinein erheben nun die Unternehmer ihr Geschrei nach Erhebung und Lohnföhrung. Post nicht alles das zusammen wie die Faust auf's Auge?

Und doch gibt es auch noch eilige Menschen, die mal eine Anwendung haben, daß die Lösung des Problems, die Produktion zu steigern, nicht in der gewissenlosen Ausbeutung der Arbeiterschaft, die durch verlängerte Arbeitszeit, Lohnföhrung und Verteuerung der Lebensmöglichkeiten von allen Unternehmertreuen erkröft wird, gefunden werden kann.

Ein Nationalökonom, Dr. W. Borschoven, hat in der Zeitschrift „Keramos“ über die Frage, wie der deutschen Wirtschaft geholfen werden kann, folgendes ausgeführt:

Die Aufgabe, die der Produktion in der Gegenwart und in den kommenden schweren Zeiten erwächst, läßt sich auf den einen Satz bringen: Steigerung der Produktion. Es wäre aber sehr kurzschichtig und würde die schließliche Lösung des Problems unmöglich machen, wenn man die Steigerung der Produktion lediglich oder auch nur vorwiegend in einer Steigerung der Arbeitszeit sehen wollte. Denn was auf diese Weise erreicht werden kann, ist naturnotwendigerweise begrenzt, und eine Arbeit, die über eine gewisse Zeit hinaus dauert, verliert notwendigerweise an Intensität. Wenn es nicht gelingt, in der üblichen Arbeitszeit das Vortriebsmaß der Produktion wieder zu erreichen, und noch um circa 20 bis 25 Proz. zu steigern, so ist nicht einzusehen, daß das Sozialprodukt des deutschen Volkes die für seine Existenz nötige Größe erreichen könnte (einschließlich der Reparationskosten). Hier ergibt sich die wesentliche Aufgabe für alle diejenigen, die ihr Beruf in die Leistung von Produktionsfähigkeiten gestellt hat: Sie müssen wieder in eigenen Betrieben heimisch werden, aus dem sie die Ursache des Geschäftes in der Inflation nur zu oft herausgeholt hat, und sie müssen diese Betriebe jeden Tag neu mit den Augen des kritischen Forschers ansehen, der erwägt, wo Arbeitsaufwand gespart, und wo mit demselben Arbeitsaufwand mehr Leistung erzeugt werden könnte, wo Produktionsrichtungen verbessert werden könnten, kurz: wo und wie die Produktion intensiver zu gestalten sei. Wann der deutsche Erdinnungsgeist in der Gegenwart und in der nahen Zukunft sich nicht bewährt, verliert dann Deutschland die letzte Schlacht, die es noch zu verlieren hat, nämlich die auf wirtschaftlichem Gebiet.

Das deutsche Unternehmertum hat in den Jahren der Inflation sich vollständig auf die billige deutsche Arbeitskraft eingestellt und die technische Verbesserung der Produktionsmethoden arg vernachlässigt. Diese Tatsache ist schon oft genug betont worden. Statt daraus die Erkenntnis zu schöpfen, daß dies wieder gemacht werden muß, sehen wir, wie Großindustrie und Landwirtschaft Hand in Hand zusammen wirken, um die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes zu erschweren.

Es gibt keine andere Lösung des Problems, als Verbesserung der Produktionsmethoden zum Zwecke vermehrter Gütererzeugung. Arbeiter und Angestellte müssen ein Einkommen haben, auf Grund dessen sie in viel stärkerem Maße als bisher konsumfähig gemacht werden.

Amerikanische Löhne.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 15. September aus der Feder des Zimmermeisters Erik Krefz, der sich zurzeit auf einer Studienreise in Nordamerika befindet, bemerkenswerte Ausführungen über die Löhne und Arbeitsverhältnisse, insbesondere des Baugewerbes, in den Vereinigten Staaten. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgende markante Stellen:

Wenn wir in der Heimat davon hören, daß ein Maurer in New York je Tag bis zu 17, der Zimmermann bis zu 11 und andere Handwerker bis zu 10 Dollar für den Achtstundentag bekommen, so schütteln wir ungläubig den Kopf oder sagen uns, daß es sich in solchen Fällen um eine Ausnahme, vielleicht um Spezialarbeiter handle. Jetzt, wo ich mit eigenen Augen alles selbst betrachten und überprüfen kann, muß ich zugeben, daß auch nicht das geringste zu viel behauptet war. Anstreicher, Installateure und andere zum Baugewerbe zählende Handwerker haben ebenfalls Tagelöhne von 8 bis 15 Dollar, und Arbeiter der nicht zum Baugewerbe zählenden Berufe haben sich selten auf weniger als 6 Dollar Tagelohn. In New York werden die höchsten Tagelöhne gezahlt. Der Stundenlohn eines Zimmerers beträgt zum Beispiel augenblicklich 1,31 Dollar. In anderen größeren Städten ist der Stun-

denlohn 1 bis 1,25 Dollar. Auf dem Lande wird, wie überall, der niedrige Lohn gezahlt, der jedoch nicht weniger als 0,65 Dollar in der Stunde beträgt. Der Achtstundentag ist überall obligatorisch. In den Städten und größeren Ortschaften wird er streng eingehalten, auf dem Lande dagegen nicht. Ueber neun Stunden wird aber nirgends gearbeitet. Rund 70 Proz. der Bauarbeiter haben den Acht- und 30 Proz. den Neunstundentag. . . . Wenige Unternehmer in Deutschland lassen sich davon überzeugen, daß ihre Bauarbeiter einen Schandlohn erhalten, und obgleich die Unternehmer bei höheren Löhnen doch mehr oder weniger einen Vorteil haben, antworten sie bei Lohnforderungen in der Regel mit einem entschiedenen Nein, wenn nicht gar eine Aussperrung angedroht oder verwirklicht wird. Daß ein gut bezahlter Arbeiter, schon im Interesse der Erhaltung seiner Arbeitsstelle, ein Bestes hergibt, mit anderen Worten, die gewünschte „Mitarbeit“ flüchtig leistet, ist selbstverständlich. Bei halbwegs geordneten Familienverhältnissen kann ein Arbeiter ein Viertel bis ein Drittel seines Jahres Einkommens auf die Seite legen, obwohl die Mehrzahl aller Bauarbeiter auf kaum mehr als 40 Wochen Jahresarbeitszeit kommt. Durchschnittlich drei Monate gehen infolge von Kälte, Regenzeit und sonstiger Arbeitslosigkeit verloren. . . .

Der amerikanische Bauarbeiter ist gut genährt und froh vor Kraft. Er hat drei Mahlzeiten. Das Frühstück ist reichlich und vielseitig. Es wird entweder zu Hause oder in der Nähe der Arbeitsstelle vor Arbeitsbeginn eingenommen. Das gleiche trifft auch für das Mittagessen zu. Die Mittagspause ist vielfach auf eine halbe Stunde beschränkt. Das Essen geht mit ebensolcher Schnelligkeit vor sich wie das Arbeiten. Die Arbeiterfrau geht, wenigstens in ihren jüngeren Jahren, irgendeiner lohnenden Beschäftigung nach. Mit ihrem Verdienst bestreift sie meistens die Kosten für den Haushalt, so daß der Lohn des Mannes für andere Bedürfnisse (Kleidung, Vergnügen, Ersparnisse usw.) angelegt werden kann. Lohnkämpfe und die damit verbundenen Streiks und Aussperrungen sind hier nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Tarifverträge werden auf längere Zeitdauer (ein bis zwei Jahre) abgeschlossen. Das Unternehmertum nimmt den Standpunkt ein, daß nur der gutbezahlte Arbeiter die beste Arbeitskraft darstelle, und daß es sich nicht lohne, wegen einigen Centes heranzutreten. . . . Die politischen Parteien und selbst die Regierung unterstützen die Forderungen der Arbeiterschaft auf auskömmlichen Arbeitslohn weitestgehend. Es wird in diesen Kreisen die Ansicht vertreten, daß nur eine in guten Verhältnissen lebende Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Frieden erhalte, und damit den Wohlstand der ganzen Bevölkerung sichere. Auf die bei uns in Europa geltende Anschauung, daß zu hohe Arbeitslöhne in erster Linie die Produktion verteuern und infolgedessen der Absatz gewisser Produkte gefährdet sei, gibt man hier keinen Pfifferling. Man ist im Gegenteil davon überzeugt, daß das gesamte Proletariat der größte Konsument sei. Was die Arbeiterschaft sie, müsse sie auch ernien.

Die volkswirtschaftliche Rückständigkeit der deutschen Unternehmer tritt ins rechte Licht, wenn man sie vergleicht mit der Auffassung der Unternehmer in anderen Ländern. Denn die amerikanischen Unternehmer stehen durchaus nicht allein mit der Auffassung, daß nur eine gutbezahlte Arbeiterschaft Höchstleistungen vollbringen kann. Man vergleiche die Löhne und Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter mit der Auffassung eines Vorkriegs zurzeit Vorkriegs der Bewegung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der schon von überflüssigen Ausgaben der Arbeiterschaft spricht, wenn sie sich billige Konsumtionsartikel kaufen. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Rückständigkeit der Unternehmer die deutsche Industrie immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Zur Frage der Berufskrankheiten.

In der Theorie ist ein deutlicher Unterschied zwischen Unfall und Erkrankung. Der Unfall ist ein einmaliges, plötzliches, nicht zum regelmäßigen Gang des Betriebes gehörendes Ereignis, — die Erkrankung in der Regel eine langsam aus zahlreichen Einzelvorgängen im regelmäßigen Arbeitsverlauf sich ergebende Zustandsänderung. Nach unserem Unfallversicherungsgezet entsteht aus einer Berufskrankheit kein Entschädigungsanspruch. Da aber manche solcher Erkrankungen in der Art ihres Ausbreitens von Unfällen schwer zu unterscheiden sind — man denke an gewisse Vergiftungen in der chemischen Industrie —, andere eng mit der Eigenart des Betriebes zusammenhängen und von den sonstigen Erkrankungsfällen verschieden sind (z. B. Tropenkrankheiten der Seeleute), so ist häufig, namentlich von unserer Partei und den Gewerkschaften, die Gleichstellung mindestens solcher Berufskrankheiten mit den Betriebsunfällen gefordert worden. Dies andauernde Drängen hat auch dazu geführt, daß im § 547 der Reichsversicherungsordnung

romantische bei Neuarbeiten zu erleben sind. Wo aber alle Fotofotografen tragende Schmuckstücke des Talar Traps bestehen, man sich ruhig ihrer originellen Erscheinung und Formensprache ihrer frohsinnig-romantischen Symbolik weiter erfreuen, denn es ist im Grunde fernezeitliche deutsche Volkskunst, der gegenüber Wandmalerei aus Fremdländerei ganz irrtig und bedauerlich wäre; ebenso unsinnig wäre es, wollte man den herrlichen Prunkstempel der tiefen im Koloss- oder sonst französischen Stil und Geschmack ausgelegten deutschen Kirchen, Häuser und Schlösser besichtigen. Was da ist, mag bleiben, denn es ist zugleich deutsches Nationalerbe und meist deutschländische Arbeit, und es spiegelt sich darin auch ein Stück deutsche Geschichte. Nur bei Neuaufstellungen und Neuanlagen beste man vor vornherein auf echt deutschen Formengeist und die Kulturformenstellung aus den Entwürfsperioden.

Doch wieder zurück in die Erdtrierung des romantischen Holzmöbels und seiner Ausstattung! Zunächst macht sich das Einwirken der Architektur in das romantische Holzmöbel damit allmählich geltend, daß man kostenartige Möbel, kostenartige Throne und andere Stühle auf seinen Plankflächen wie eine Tische oder Kirchenstühle, mit gemalten Fenstern und Wänden von solchen Formate. Dann werden gemäß der Weiterentwicklung des romantischen Stils auch Säulchen, Arkadentüren und Fensterrosetten aufgemalt. Später wieder hilft man die Arkaden aus, verleiht sie und bemalt sie noch, so daß zur farbigen noch die plastische Wirkung, das Spiel von Schatten und Licht sich gesetzt und damit sich vereint. Die Säulchen werden plastisch, freistehend und gehen damit aus dem rein tektonischen in ein konstruktives Element über, das später — im gotischen Stil — ganz an die Stelle des Gemalten tritt und das gemalte Element durch das Gemalte ersetzt. Dies ist aber erbedeutend schon in der Epoche der spätromantischen Zeit der Fall, so vor allem bei Chor-

dem Bundesrat die Befugnis erteilt worden ist, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten auszudehnen. Leider aber hat — abgesehen von einer vorübergehenden Verordnung über Herstellung von Munition im Kriege — weder der alte Bundesrat noch sein republikanischer Nachfolger, der Reichsrat, bisher von dieser Befugnis Gebrauch gemacht.

Die Auffassung des Arztes bringt Professor Dr. Curschmann in einem Aufsatz: „Der Begriff der Berufserkrankung“ im 1. Heft des „Zentralblattes für Hygiene und Unfallverhütung“ zum Ausdruck. Er bezeichnet als Berufserkrankung solche Gesundheitsstörungen, die durch längere Zeit hindurch anhaltende, wiederholte Einwirkungen, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit in der Arbeitsweise oder durch die damit verknüpften Umstände bedingt sind, und von denen jede einzelne eine subjektiv oder objektiv erkennbare Körperschädigung nicht verursacht, hervorgerufen werden.

Von dieser eng mit der Betriebsweise zusammenhängenden und aus ihr zu erklärenden unterscheidet Curschmann streng andere Krankheiten, die sich ebenfalls häufig bei Angehörigen bestimmter Berufe finden, ohne doch durch die Eigenart des Berufs bedingt zu sein. Der Beruf oder die Berufstätigkeit muß nicht nur eine Ursache, sondern die ausschlaggebende Ursache für die Entstehung der Krankheit sein. Als Beispiel wird angeführt, daß Tuberkulose, abgesehen von den seltenen Fällen der Ansteckung des Arztes oder des Krankenpflegers, nur ausnahmsweise als Berufserkrankung anzusehen sei. Die größere Häufigkeit dieser Erkrankungen z. B. im Schneiderberuf sei viel eher aus dem stärkeren Zutritt schwächerer, zur Tuberkulose neigender Personen zu diesem Gewerbe zu erklären. Allerdings kämen darin noch andere die Häufung der Krankheitsfälle begünstigende Umstände hinzu, die aber mit der Arbeit nur in mittelbaren Zusammenhang ständen, so daß hier die Tuberkulose nicht als Berufserkrankung anzusehen sei.

Ebenso wenig liege Berufserkrankung vor, wenn durch Einatmung bestimmter Gase, die in dieser Konzentration und gleicher Dauer der Einwirkung auf einen völlig gesunden Arbeiter keinen krankmachenden Einfluß üben, ein Arbeiter mit chronischer Erkrankung der Atmungsorgane eine starke Verschämmerung erfahre, trotzdem hier der Zusammenhang mit den Betriebsvorgängen zweifellos ist. Allerdings könne durch den Einfluß einer Berufstätigkeit allmählich eine solche Veränderung der Körperorgane herbeigeführt werden, daß dadurch die Empfänglichkeit für die schädigende Wirkung weiterer Einwirkungen, die für einen ganz Gesunden unbedeutend geblieben, gegeben sei.

Unter diesen Voraussetzungen kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, die bisher geltende Haltung der deutschen Unfallversicherung gegen eine Entschädigung der Berufserkrankten abzulehnen, zumal ausländische Gesetzgebungen beide Arten der Schädigung in gewissem Umfang gleichstellen. „Juni mindestens wird nicht bestritten werden können, wenn man überhaupt Schädigungen der Gesundheit, die mit der Ausübung eines Berufes im Zusammenhang stehen, einer Sonderversicherung unterwirft, wie man es bei der gewerblichen Unfallversicherung tut, daß man wohl das gleiche Vorrecht auch die durch eine längere Einwirkung von Schädlichkeiten während der Berufstätigkeit hervorgerufenen Krankheiten genießen lassen muß.“

Manche Ärzte, wie der Berliner Gistjardier Lewin, haben auch die Brücke gefunden, über die man zu der gleichen Behandlung beider Arten von Schädigungen kommen kann. Wenn auch die Einzelwirkung keine bemerkbare Gesundheitschädigung hervorruft — sonst läge eine Unfallkrankung, z. B. der Ausströmen eines rasch wirkenden Giftgases vor —, so werde doch durch jede einzelne eine toxische Wirkung auf gewisse Zellgruppen, sei es eine Veränderung, sei es eine Reizung, ausgeübt, in deren Folge in Verbindung mit anderen Reizen gleicher Art oder durch ein neu hinzutretendes Ereignis sich die nach außen in Erscheinung tretende Krankheit ergebe. So hat man früher vielfach die schleichende Erkrankung als eine Häufung von Einzelwirkungen aufgefaßt, die ebenso wie ein plötzlich auftretender Unfall größeren Stills einen Anspruch auf Entschädigung gewähren müsse.

Man hat diese vielleicht etwas gefünstelte Auffassung im allgemeinen wieder aufgegeben. Damit aber nicht die durchaus begründete Forderung einer Entschädigung auch bei diesen Krankheiten, soweit sie eine dauernde Verminderung der Erwerbsfähigkeit im Gefolge haben. Gewiß ist der Nachweis der Berufserkrankung oft sehr schwierig, da viele auch außerhalb des Berufs erworben werden können. Aber das kann nicht entscheidend sein. Auch hier, wie sonst oft in der Unfallversicherung, wird man ansatz des mathematisch genauen Nachweises der Ursächlichkeit sich mit der Feststellung der hohen Wahrscheinlichkeit zu begnügen haben.

Freilich bleibt dann immer noch die Frage, warum der Arbeiter, der sich keine Krankheit im täglichen Leben außerhalb des Betriebes geholt oder einen Unfall draußen oder zu Hause erlitten hat, zurückgelegt sein muß hinter dem, der im Arbeitsvorgang sein Leben erworben hat. Warum nur im letzteren Fall eine verhältnismäßig zulängliche Entschädigung dem Vorkriegs und seinen Hinterbliebenen (wenn der Tod Unfallfolge ist) — im ersteren aber nur die flüchtige Invalidität und Hinterbliebenrente und falls nicht die berühmten 86% Proz. Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen werden, dem Arbeiter und seiner Witwe überhaupt nichts gewährt wird.

Diese Frage führt freilich weit über unsere geltende Arbeiterversicherung in ein künftiges Reich allumfassende Sozialfürsorge, ohne Rücksicht auf Berufstellung und auf die Quelle der Weiden und Beeinträchtigungen. Einstweilen aber würden wir es als Fortschritt begrüßen, wenn erst einmal die Gleichstellung von Berufskrankheiten und Betriebsunfällen erreicht wäre. Jedenfalls ist es Zeit, daß der hohe Reichsrat einmal Veranlassung nimmt, die ihm nach § 547 der Reichsversicherungsordnung zulehrende Befugnis anzuwenden. Zahllose durch die Sonderart ihrer Arbeitstätigkeit krank und invalid gewordenen Arbeiter haben einen Anspruch darauf. Und die Volksgerechtigkeit, die heute aus so vielen Ursachen schwer daniederliegt, würde dadurch, durch pflichtmäßiges Heilverfahren und ausgiebigere Entschädigung, eine wesentliche Förderung erfahren.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Während im Voger der Unternehmer bekanntlich in allen Fragen, wo es sich um die Wahrung der Unternehmerinteressen handelt, völlige Einmütigkeit besteht, unbeschadet sonstiger Interessengegensätze, ist das leider in der Arbeiterschaft durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, in der Arbeiterschaft kann man nicht darüber hinwegkommen, die Ansichten eines Andersdenkenden sachlich gelten zu lassen. Die Auseinandersetzungen haben in den letzten Jahren Formen angenommen, die nicht mehr schön sind, und haben diese die Aktionskraft der Arbeiterklasse unerbittlich geschwächt. Die alten Gewerkschaften sind aber zu sicher fundamenteriert, als daß sie dadurch auf die Dauer in ihrer Entwicklung gehemmt werden könnten. Das hat man offenbar auch jetzt in der Moskauer Internationale eingesehen und man ist bemüht, sich mit der Amsterdamer Internationale ins Einvernehmen zu setzen. Am 26. Juli hat der russische Gewerkschaftsrat an die Amsterdamer Zentrale das Ersuchen gerichtet, eine Konferenz abzuhalten, um dort zu einer Einigung zu kommen. Die Gegensätze zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen sind aber so groß, daß eine solche Einigung schwerlich gelingen wird. Um was es sich handelt, ist am besten aus dem Wortlaut des Briefes ersichtlich, den die Amsterdamer Zentrale an die russische als Antwort gerichtet hat. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

Amsterdam, den 11. September 1924.

Werte Genossen!

Unsere Vorstandssitzung vom 11. September hat sich mit Ihrem Brief vom 26. Juli beschäftigt und uns beauftragt, folgendes zu erwidern:

Der Wunsch, die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für deren Spaltung wir nicht verantwortlich sind, wiederherzustellen, hat uns stets besaßt, und wir haben ihn auch wiederholt zum Ausdruck gebracht. Auch stimmen wir mit Ihnen darin überein, daß der immer schärfere Kampf zwischen Arbeit und Kapital nur erfolgreich sein kann, wenn die Kräfte der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zusammengefaßt werden und die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hergestellt wird.

Es ist indessen nicht zu verkennen, daß zwischen der Taktik, die von Ihnen, und derjenigen, die von uns als grundlegend für die Gewerkschaftstätigkeit anerkannt wird, ein grundsätzlicher Gegensatz besteht, der über die Frage eines mehr oder minder radikalen Auftretens weit hinausgeht. Diese verschiedenartigen Auffassungen in Uebereinstimmung zu bringen, dürfte nicht ganz leicht sein, aber wir wollen es mit all unseren Kräften versuchen.

Lebenslos dürfte es nötig sein, bevor an die von Ihnen vorgeschlagene mündliche Verhandlung gedacht werden kann, schriftliche Unterlagen zu haben, die erkennen lassen, welche übereinstimmende Linie und welche gemeinsame Taktik möglich ist. Wir möchten Sie daher bitten, uns bestimmte schriftliche Vorschläge zu machen, damit wir beurteilen können, ob eine gemeinsame Grundlage gefunden werden kann.

Daß wir von unserem internationalen Gewerkschaftskongress in Wien einen sehr unruhigen Auftrag für eventuelle Erziehungsverhandlungen haben, ist Ihnen bekannt, doch kann diese Frage vorläufig beiseite gestellt werden. Daß wir als Vorstand in dieser wichtigen Angelegenheit keine über den in

Wien erhaltenen Auftrag hinausgehenden bindenden Beschlüsse fassen können, ohne den Ausschuß und eventuell einen neuen internationalen Kongress zu befragen, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen.

Ihrer Antwort sehen wir gern entgegen.

J. Dubegeest, Sekretär.

Man muß nun abwarten, welche Antwort auf diesen Brief erfolgt und welchen Verlauf die Angelegenheit nimmt.

Bücherschau.

Friedrich, Ernst: Krieg dem Kriege. Verlag Freie Jugend, Berlin C. 2, Parochialstr. 20. Preis 2,50 Mk. für Mitglieder des Verbandes (Ladenpreis 5 Mark.) Dieses Buch, 243 Seiten stark, enthält eine einzig dastehende Sammlung von Originalphotographien aus dem Weltkriege. Wer die Kriegsgreuel noch nicht verabscheuen sollte, der wird es lernen, wenn er dies Buch studiert.

Suhr, Dr. Otto: Die Organisationen der Unternehmer. Preis 70 Pf. für Verbandsmitglieder (Ladenpreis 1,20 Mk.) Der Verfasser hat den Zusammenschluß der Unternehmerverbände, ihre Tendenzen und ihren Einfluß auf unser gesamtes Wirtschaftsleben in seiner jüngsten Machtentwicklung knapper, aber darum gerade wertvoller Form, ein viel Wissenswertes enthält, dargelegt. Kein Funktionär sollte es verabsäumen, sich dies Büchlein anzuschaffen. Die Bücher können von der Buchhandlung des ADGB, Berlin, Inselstr. 6, bezogen werden.

Donsky, Karl: Grenzwehr. Zeitschrift für Arbeiterschaft, Kultur und Politik. Ein Monatsheft an das Bewußtsein derjenigen, welche die Teilung verschuldet und dadurch das Gland in Oberstufen hervorgerufen haben.

Hinein in die Gewerkschaften. Verlag des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Filiale Berlin. Die Broschüre ist 40 Seiten stark und kostet 25 Pf. Der Inhalt beschäftigt sich mit den Parteien der kommunistischen Partei auf Grund authentischer Materials, das viel Wissenswertes enthält. Bestellungen: Bekleidungsarbeiterverband, Sebastiansstraße 37/38.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 29. September bis 5. Oktober ist der 40. Wochensbeitrag fällig.

Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandsmittglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das Abrechnungsmaterial für das dritte Quartal ist den Orten zugegangen. Es liegt denselben ein Rundschreiben bei. Die Bevollmächtigten Ortskassierer und Revisoren werden dringend ersucht, den Inhalt aufmerksam zu beachten.

Karl Riebel.

Veranstaltungskalender.

Dresden, Mittwoch, den 1. Oktober, um 8 Uhr im Volkshaus, Saal 1: Allgemeine Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Arabi über das Londoner Abkommen, den Achtstundentag und die Stellung der Arbeiterklasse.

Sterbetafel.

Düsseldorf. Am 11. September starb im Alter von 88 Jahren unser Mitglied Wilhelm Hamel, Tapezierer.

Geraberg. Am 23. August starb im Alter von 28 Jahren Hermann Schickel, Sattler. — Am 2. September im Alter von 28 Jahren Veria Hofmann. Ehre ihrem Andenken!

Berliner Holzerer für Stuhl- und Ledermöbel

in Dauerstellung gesucht Rux Quallstraße 10, Zimmermann, Stuhl- u. Ledermöbel, Bries.

Gesucht zum sofortigen Eintritt für Großbetrieb Norddeutschlands:

10 Porzellaner für welche Abzettel (Schlufs, Schmelzglas usw.), 10 Porzellaner für Bagellischen und Stämmel usw., 10 Porzellaner für Kastenreißer usw. Offerten unter C. 0. 32 an die Exped. dieser Zeitung.